

Neue Normalität

Dieser „Parlamentsreport“ erreicht Sie in herausfordernden Zeiten. Die Pandemie und ihre Folgen haben vieles verändert. Wir leben mit starken Einschränkungen im Alltag. Menschen fürchten um ihre wirtschaftliche Existenz. Wir sorgen uns um die Gesundheit unserer Familien und Freunde. Die Politik stemmt milliardenschwere Hilfspakete, neben der Corona-Krise gibt es kaum ein anderes Thema in der Öffentlichkeit.

Als die letzte Ausgabe in den Druck ging, war von alledem noch nicht die Rede. Obwohl es erst wenige Wochen her ist, hat man das Gefühl, von „damals“ zu sprechen: Thüringen war von FDP, AfD und CDU gerade in eine tiefe demokratische Krise gestürzt worden. Tausende Menschen gingen gegen den „Tabubruch von Erfurt“ auf die Straße. Erst nach einem Monat konnten Bodo Ramelow als Ministerpräsident und das rot-rot-grüne Kabinett die Regierungsgeschäfte wieder aufnehmen. Und dann: folgte schon die nächste Krise.

Inzwischen wird die Frage nach dem Weg aus der Corona-Krise immer lauter diskutiert. „Heute schon absehbar ist, dass wir nicht in dem Maße zur Normalität zurückkehren werden können, in dem wir die Normalität in den letzten Wochen eingeschränkt haben“, so hat es Susanne Hennig-Wellsow formuliert. Wir werden eine „neue Normalität“ erschaffen und diese werde dem Prinzip folgen: so viel Schutz vor Infektion wie nötig, so wenig Einschränkungen wie möglich. „Das Größte, was uns dabei abverlangt wird, ist Geduld und das Verständnis dafür, dass wir uns selbst und unseren Mitmenschen damit den besten Dienst erweisen“, so die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Klar ist aber auch, wir müssen jetzt schon weiterdenken. „Nicht wenige meinen, nach der Krise wird es wie vor der Krise sein. Aber wird das wirklich so sein? Mehr noch: Können wir das wollen?“ Solche Fragen werden uns in den kommenden Wochen und Monaten noch sehr beschäftigen. Es wird darum gehen, in der Krise zu helfen, dabei das Umsteuern nicht zu vergessen und grundsätzlich aus der Krise zu lernen.

Wir vom „Parlamentsreport“ haben die Corona-Zwangspause genutzt und unsere Zeitung ein bisschen aufgeräumt. Viel Spaß bei der Lektüre und vor allem: Bleiben Sie gesund!

Ihre Redaktion



Solidarisch, gerecht: Wie Thüringen die Corona-Krise meistert

Die Pandemie stellt uns alle vor große, zum Teil neue Herausforderungen. Ein Schwerpunkt über das Helfen in schwierigen Zeiten, den Ausnahme-Alltag im Landtag und den linken Blick, der Krisenmanagement und sozial-ökologisches Umsteuern miteinander verbindet.

Linker Ticker

Angesichts der geplanten Anhebung der Rundfunkgebühren von monatlich 17,50 auf 18,36 Euro ab 2021 hat der medienpolitische Sprecher der Linksfraction, André Blechschmidt, die Rolle des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks betont. Dieser sei „für unsere Gesellschaft system- und demokratierelevant. Auch in Zeiten der Corona-Pandemie wäre ein finanzieller Stillstand des ÖRR problematisch“. +++ Anlässlich der Fertigstellung der schriftlichen Begründung zum NSU-Urteil hat die LINKE-Abgeordnete Katharina König-Preuss vor einem Schlussstrich unter die Aufklärung rund um die rechtsterroristischen Taten gewarnt. Die **Gefährlichkeit von Neonazis** werde täglich deutlich, was nicht zuletzt auch die Morde von Halle und Hanau belegten. +++ Vor dem Hintergrund der Schulschließungen hat die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraction, Karola Stange, für einen **Anspruch auf Computer und Internetzugang für alle Menschen** im Sozialrecht plädiert. Dies sei „eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und kein Luxus“. +++ Regelungen, nach denen Eltern, die Kinder wegen der Corona-Krise selbst betreuen, zuerst Jahresurlaub nehmen und Überstunden abbauen müssen, bevor sie Anspruch auf Kurzarbeiter*innengeld haben, sind auf Kritik von Lena Saniye Güngör gestoßen. „Auch in Zeiten der Corona-Pandemie sollten Eltern keine Angst um ihren Erholungsurlaub haben“, so die arbeits- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linksfraction. +++ Mit Blick auf neue Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität für Thüringen hat der innenpolitische Sprecher der Linksfraction, Steffen Dittes, appelliert, die **von rechts für die Demokratie ausgehenden Gefahren** ernst zu nehmen. +++ Die Debatten zum Umgang mit dem Sommersemester an den Unis nimmt der Landtagsabgeordnete Christian Schaft zum Anlass, auch auf **längerfristige strukturelle Verbesserungen im Hochschulbereich** zu drängen: „Die Bewältigung der Corona-Pandemie muss nicht nur genutzt werden, um ad hoc solidarische Hilfe zu leisten“, so Schaft. Reformen des Hochschulsystems bewegten derzeit viele Studierendenvertreter*innen und Beschäftigte.

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Olaf Weichler (V.i.S.d.P.)
Telefon: 036 1 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 29. April 2020

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Foto: Lukas Krause

Die Sache mit der Stummtaste

Demokratie per Telefonkonferenz: Wie Abgeordnete in der Corona-Krise arbeiten

Krisenzeiten sind Lernzeiten. Das gilt auch für Parlamentarier*innen, und das gilt nicht zuletzt für die kleinen Dinge des Lebens. In diesem Fall: die Stummtaste auf dem Mobiltelefon.

Warum die so wichtig ist, haben Abgeordnete und Mitarbeiter*innen der LINKEN im Thüringer Landtag in den vergangenen Wochen fast täglich erlebt – in den vielen Telefonkonferenzen. Wenn teilweise über 60 Menschen miteinander über Politik und Parlamentarisches reden wollen, ist es nicht gerade günstig, wenn auch noch röhrende Kaffeemaschinen, zwitschernde Vögel oder läutende Glocken zu hören sind. Und so wurde die Stummtaste zum wöchentlichen Gesprächsthema im doppelten Sinne: Es wurde über deren Bedienung gesprochen, damit man besser miteinander sprechen kann.

Generell kann man sagen: die so wichtige Kommunikation untereinander und mit anderen, den Bürger*innen, wird durch die Corona-Krise sehr erschwert. Seit Wochen gibt es aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie nur einen sehr beschränkten Zugang zum Landtag. Selten ist auf den meist leeren Fluren jemand zu sehen, eine Notbesetzung der Geschäftsstelle der LINKEN hält die Stellung. Abgeordnete und Mitarbeiter*innen arbeiten im Homeoffice. Was untereinander abzusprechen ist, läuft meist digital. Oder über Telefonkonferenzen.

Und das Gespräch mit den Bürger*innen? Wahlkreisbüros der Abgeordneten mussten für den Publikumsverkehr geschlossen werden. Und das in Zeiten, in denen sich die Menschen umso öfter mit ihren Sorgen und Nöten an Landtagsabgeordnete wenden. „Die Parlamentarier stehen dabei vor allem über die sozialen Netzwerke in Kontakt mit den Menschen im Land“, so hat die Deutsche Presse-Agentur hat vor einigen Tagen über die besonderen Umstände für die Kommunikation in Corona-Zeiten in Thüringen berichtet. Öfter als sonst wenden sich auch LINKEN-Abgeordnete via Livestream an die Öffentlichkeit. So gut es geht, wird dabei auch echte Beteiligung ermöglicht – auch in

der Corona-Krise soll politische Kommunikation nicht bloß in eine Richtung gehen.

Dass dabei und trotz der Einschränkungen durch die Pandemie richtige Gespräche möglich sind, hat der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraction gegenüber der Nachrichtenagentur beschrieben. „Der Austausch und die Gespräche erfolgen zum einen über klassische Kommunikationskanäle wie das Telefon, per Mail und per Brief“, sagt André Blechschmidt – aber auch „Gespräche am Fenster und am Gartenzaun“ erfahren wieder eine Renaissance. Abstand halten inklusive.

Die Corona-Krise schlägt sich nicht zuletzt direkt im parlamentarischen Geschäft nieder. Die Sitzungen des Landtags im April wurden abgesagt, es gab Überlegungen, in nächster Zeit Plenarsitzungen mit nur noch 46 Abgeordneten abzuhalten, wobei die Mehrheitsverhältnisse der Fraktionen gewahrt bleiben sollten. Der Grund: Einerseits könnten so die demokratischen Verfahren ermöglicht, andererseits aber auch der Gesundheitsschutz berücksichtigt werden. Doch ein einzelner Abgeordneter – es soll sich um einen AfD-Parlamentarier handeln, wie der „Spiegel“ meldet – stellte sich gegen eine entsprechende Abmachung. Nun müssen die Abgeordneten für die geplanten Plenarsitzungen im Mai in ein größeres Ausweichquartier umziehen.

Der Corona-Virus stellt auch noch an anderer Stelle eine Herausforderung für die Demokratie dar: Wie soll die Beteiligung der Bürger*innen sichergestellt werden? Anja Müller, die Sprecherin für Petitionen der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, sagt, der entsprechende Ausschuss für solche Anliegen „arbeitet auch während der Corona-Pandemie weiter“. Jede Eingabe werde „in einem geregelten Verfahren behandelt“. Müller betont dies, weil gerade jetzt viele Menschen politische Forderungen formulieren, diese aber zum Beispiel auf privaten Petitionsplattformen im Internet nach kurzer Aufmerksamkeit oft wirkungslos verpuffen. Nicht so im Parlament.

Auch was die kommunalen Bürger*innen-Begehren angeht, bekräftigt Müller, dass trotz Corona-Krise „keine demokratischen Mitentscheidungsrechte verloren“ gehen. Es geht trotz der Pandemie Wege, laufende Bürgerbegehren rechtlich korrekt und erfolgreich zu führen, wenn auch mit etwas Verzögerung, denn Gesundheitsschutz gehe vor. Bereits laufende Bürgerbegehren könnten mit einer Verlängerung der Sammlungsfristen rechnen. „Dass derzeit aus Gründen des Gesundheitsschutzes an eine reguläre und faire Möglichkeit, Unterstützer-Unterschriften zu sammeln, nicht zu denken ist, darf den Initiator*innen von derzeit laufenden Bürgerbegehren nicht auf die Füße fallen“, so Müller.

Bundesweit geht es Politik und Bürger*innen ähnlich. Und weil die Situation so besonders ist, interessiert sich inzwischen auch die Wissenschaft für das Thema „Demokratie in Zeiten der Corona-Krise“. Das Institut für Parteienrecht und Parteienforschung an der Uni Düsseldorf hat sich Mitte April der Frage zugewandt, „verändert die Pandemie die politischen Parteien?“ Dabei ging es vor allem um die Möglichkeiten digitaler Beteiligung von Mitgliedern. Die Staatsrechtlerin Sophie Schönberger hat dabei auf die Bedeutung von echten Versammlungen hingewiesen. Mitsprache und Debatte bräuchten Gemeinschaft, und die sei schwer herzustellen, „wenn jeder vereinzelt an seinem Bildschirm sitzt“.

Und so hofft nicht nur Schönberger, dass körperliche Anwesenheit bald wieder möglich ist – in Wahlkreisbüros, im Landtag, in der politischen Alltagsarbeit. Aber nicht alles, was man in der Corona-Krise neu entdeckt hat, wird man dann aufgeben müssen. Konferenzen per Videoschleife oder Telefon wird es auch nach der Pandemie häufiger geben. Das hilft der Terminplanung und der Umwelt, immerhin muss für solche Formate weniger herumgereist werden. Zu wissen, wo die Stummtaste auf dem Mobiltelefon ist und wann man sie drücken sollte, wird sich also auch künftig lohnen. *pr*

„Wir wollen niemanden zurücklassen“

Susanne Hennig-Wellso über Politikmachen in Pandemiezeiten und warum die LINKE jetzt schon über die Zeit nach der Corona-Krise reden sollte

Die vergangenen Wochen waren angesichts der Einschränkungen für viele Menschen nicht leicht. Wie ist das bei einer Fraktionsvorsitzenden, dachtest Du auch manchmal, mir fällt hier zu Hause die Decke auf den Kopf?

Susanne Hennig-Wellso: Die Corona-Krise ist schon eine einzigartige Situation. Ich merke das selbst zum Beispiel immer dann, wenn mir klar wird, dass es keine vergleichbaren Erfahrungen gibt. Vieles, was wir jetzt tun und erleben, ist auf eine besondere Weise neu, noch unbeschrittenes Gelände. Ich glaube, wir lernen gerade alle sehr viel. Auch zu Hause, oder im Freundeskreis. Und das sind ja nicht nur die politischen Dinge oder neue Themen wie etwa die Virologie.

Wie hat sich dein Alltag verändert?

Es gibt da zwei Seiten, sozusagen die bekannte, normale; und die neue, die Corona-Seite. Ich stehe normal auf, frühstücke, telefoniere, gehe sofern das möglich ist ins Büro im Landtag, wo Kolleg*innen dafür sorgen, dass die politische und parlamentarische Arbeit unserer Fraktion weitergeht. Aber auch für mich ist vieles anders. Ich kann zum Beispiel mein Kind nicht in die Kita bringen, also bestimmt auch die Frage der Betreuung meinen Tagesablauf mit.

Als unser Ministerpräsident neulich in einer Talkshow saß, blendete der Sender den Satz ein „Bodo Ramelow regiert Thüringen von der Gartenlaube aus“. Kann man Politik von zu Hause aus machen?

Das ist zurzeit keine offene Frage, also nichts, was man sich aussuchen könnte – es muss gehen. Die vielen belastenden Maßnahmen sind nötig, damit wir die Ausbreitung der Pandemie eindämmen können und das Gesundheitssystem nicht überlasten. Es geht um Menschenleben, und da finde ich es dann auch eine für mich hinnehmbare Einschränkung, zum Beispiel zu Hause zu arbeiten. Natürlich ist das nicht einfach. Wenn man wie ich unter Politikmachen versteht, mit Menschen gemeinsam daran zu arbeiten, soziale und ökologische Ziele zu erreichen, ist es derzeit schwieriger als sonst. Aber ich weiß auch, dass ich als Politikerin in einer privilegierten Lage bin. Viele Menschen haben jetzt viel größere Sorgen. Darum müssen wir uns kümmern.

Die Bundesregierung hat Hilfsmaßnahmen beschlossen, die Thüringer Landesregierung auch. Oft ist von Rettungspaketen historischen Ausmaßes die Rede. Übertrieben?

Nein, das ist nicht übertrieben. Viele der Hilfsmaßnahmen sind wichtig und richtig. Wir haben auch in Thüringen schnell und nach sozialen Gesichtspunkten reagiert. Trotzdem können wir nicht darüber hinwegsehen, dass für bestimmte Gruppen die Hilfen entweder nicht ausreichen oder Menschen aufgrund ihrer besonderen Lebensumstände oder beruflichen Situation noch durch das Raster fallen. Das wollen wir ändern, denn wir wollen niemanden zurücklassen. Zurzeit ist das für mich eines



Foto: Mark Mühlhaus

Was wir jetzt tun, entscheidet auch mit darüber, wo wir in ein paar Jahren gesellschaftlich stehen.

der Hauptthemen meiner Arbeit: Wie schaffen wir es, jetzt schnell die noch bestehenden Lücken zu schließen. Da ist oft der Bund gefragt, manchmal wünsche ich mir aber auch, wir könnten in Thüringen noch sozialere Akzente setzen.

Umfragen weisen darauf hin, dass in der Bevölkerung sehr breite Zustimmung zum Krisenmanagement herrscht. Von der „Stunde der Exekutive“ ist die Rede, die Stunde der Regierenden. Wo bleibt da das Parlament?

Der Landtag arbeitet, unsere Fraktion arbeitet. Und das mit vollem Engagement. Das ist vielleicht in solchen Krisenzeiten wie diesen nicht immer so nach draußen sichtbar wie sonst. Aber: Wir sind die einzige linksgeführte Landesregierung, und ich finde, man kann auch jetzt im Vergleich zu anderen Bundesländern sehen, dass das einen Unterschied macht. Es ist eben nicht egal, ob da eine CDU an den Schalthelmen sitzt, und das aktuelle Vorgehen in der Corona-Krise auch noch von persönlichen Kanzlerkandidaten-Ambitionen beeinflusst wird. Oder ob Rot-Rot-Grün bestimmt, welche sozialen und ökologischen Akzente gesetzt werden.

Gibt es da keine Debatten in der Koalition?

Doch, natürlich. Politik heißt, um Verbesserungen zu streiten, Politik heißt aber auch, es gibt unterschiedliche Auffassungen über die richtigen Wege dorthin. Das bleibt auch während einer Pandemie so, vielleicht wird sogar mehr diskutiert und gerungen. Ich finde das gut und auch notwendig, es geht schließlich um eine Menge.

Also auch mit Blick über die Bewältigung der Corona-Krise hinaus?

Politik sollte man immer von großen Zielen her denken. Dann wird klarer, welche Bedeutung kurzfristige Entscheidungen haben, das gilt auch für unser Krisenmanagement. Anders gesagt: Was wir jetzt in der aktuellen Situation tun, entscheidet auch mit darüber, wo wir in ein paar Jahren gesellschaftlich stehen.

Zum Beispiel?

Wir merken es bei jeder Sofortforderung: Natürlich ist es sinnvoll, jetzt rasch die Regelsätze bei Hartz IV zu erhöhen – aber wir wollen ganz generell eine andere Grundversicherung. Selbstverständlich ist es wichtig, jetzt allen Unternehmen zu helfen – aber wir wollen auch eine andere, an sozialen, ökologischen Werten ausgerichtete Produktion. Ohne Frage müssen jetzt alle Ressourcen mobilisiert werden, um Rettungs- und Schutzpakete zu ermöglichen – aber wir wollen auch grundsätzlich eine andere, gerechtere Finanzierung der Gesellschaft. Wir sollten uns also immer fragen, wie wir unsere unmittelbare Politik in der Krise mit dem Umsteuern zusammendenken. Denn das ist für mich klar: Die Krise darf nicht folgenlos bleiben. Wir können und wollen nicht einfach so in ein paar Monaten oder Jahren wieder zurück in die alten Verhältnisse.

Susanne Hennig-Wellso ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landesvorsitzende der Linkspartei. Aktuelle Infos über ihre politische Arbeit gibt es jetzt neu im **persönlichen Newsletter von Susanne**, Infos und Anmeldung unter: die-linke-thl.de

Die Krise, die auf die Krise folgte

Nach dem „Tabubruch von Erfurt“ kam die Pandemie. Zum Glück wird Thüringen wieder richtig regiert

Nach wochenlangem „Zwangsurlaub“, verursacht unter anderem durch den FDP-Politiker Thomas L. Kemmerich, der sich erst von der AfD ins Ministerpräsidenten-Amt wählen ließ, dann zurücktrat und anschließend geschäftsführend „regierte“, dies also gerade nicht tat, erwartete die rot-rot-grünen Minister*innen um den alten und seit Anfang März wieder regierenden Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und die linken Abgeordneten des Landtags ein heißer Wiedereinstieg in die Koalitionsarbeit – auf die Krise der Kemmerich-Wahl folgte gleich die nächste: die Corona-Pandemie.

Unsere Nachbarländer, allen voran Italien, hatte die Corona-Pandemie schneller erreicht, und dies erlaubte einen traurigen Vorgeschmack vor allem auf die gesundheitlichen Folgen. In Deutschland folgten zügige Entscheidungen: Mitte März trat die erste landesweite Verordnung in Thüringen in Kraft, mit der Schulen und Kindergärten weitgehend geschlossen wurden. Gleichzeitig wurden Bürger*innen dazu angehalten, die physischen Kontakte zu anderen Menschen auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Homeoffice für Zigtausende, geschlossene Läden und Betriebe folgten. All dies mit dem Ziel, die Infektionsgefahr zu minimieren.

Das blieb nicht ohne Folgen, auch für die Wirtschaft: Die großen Autobauer, gerne als Gradmesser für die ökonomische Zugkraft Deutschlands angesehen, ordneten Kurzarbeit an. Nicht, weil sie sich schweren Herzens dem Primat der Politik beugten, sondern weil die globalen Absatzmärkte wegbrachen. Die Corona-Krise ist auch wirtschaftlich global: Allein in den USA verloren binnen fünf Wochen rund 26,4 Millionen Menschen ihre Job. Die Thüringer Wirtschaft ist durch die vielen Zulieferer-Betriebe existenziell von dieser Wirtschafts- und Gesundheitskrise betroffen. Und auch für die Kulturbetriebe, Gaststätten und Restaurants sind die Folgen bisher nicht absehbar.

Praktisch alle gesellschaftlichen Bereiche, von der Bildung über das Gesundheitswesen bis hinein in unser aller Alltag, werden noch lange mit der Pandemie und ihren Folgen zu kämpfen haben. An Gefährlichkeit wird diese Krankheit erst einbüßen, wenn ein Impfstoff entwickelt ist und der Weltbevölkerung in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Das kann dauern.

Wenn nun vor dem Hintergrund zurückgehender Zahlen der registrierten Infizierten Rufe nach Lockerungen immer häufiger werden, ist das einerseits verständlich. Andererseits haben die vergleichsweise niedrigen Fallzahlen in Thüringen ja auch einen Grund: Sie sind auf die Maßnahmen der Landesregierungen zurückzuführen.

„There's no glory in prevention“, wird der Virologe Christian Drosten zitiert – für Vorsorge und Vorbeugung gibt es nur selten Beifall. Umso lauter klingt die Marschmusik mancher Öffnungsfanatiker. Statt die Wirksamkeit der Einschränkungen anzuerkennen, wird deren schnelle Aufhebung gefordert.

Dies ist ein vorherrschendes Thema in der aktuellen Debatte über die Pandemie, in der mitunter über Corona-Tote mit dem Gestus des Schulterzuckens zynisch hinweggegangen wird. Der andere dominierende Schwerpunkt: das Krisenmanagement auf Bundes- und Landesebene.

In Thüringen hat die rot-rot-grüne Regierung eine Vielzahl von Hilfen in kürzester Zeit beschlossen – von sozialen Ausgleichsmaßnahmen über Rettungsschirme für Firmen bis zur Stützung der in Finanznöte geratenen Kommunen. Das Thüringer Corona-Hilfspaket für Bürger*innen, Wirtschaft und Gemeinden hat ein Volumen von 970 Millionen Euro, die aus Bundes- und Landesmitteln kommen. Und es geht nicht nur um Geld, sondern auch um eine ganze Reihe weiterer gesetzlicher Regelungen und Erleichterungen. Das Ziel ist ein gemeinsames: Möglichst niemanden in schwierigen Zeiten zurückzulassen.

Was schnell gehen musste, bedarf freilich auch der Beratung und Beschlussfassung im Parlament. Deshalb stehen in den nächsten Wochen viele wegweisende Entscheidungen an. Einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte für die Beratungen im Mai wird die Verabschiedung des sogenannten Mantelgesetzes sein – darin sind die wichtigsten Maßnahmen und Vorhaben zur Bewältigung der Corona-Krise gebündelt.

Krisenzeiten sind auch Lernzeiten. Wenn sich die Wirklichkeit verändert, müssen manchmal auch Entscheidungen verändert werden. Das mag nicht immer verständlich und greifbar erscheinen. Aber besondere Herausforderungen, gerade wenn man sich auf dem weithin unbekanntem Terrain einer Pandemie bewegt, bedürfen auch besonderer Antworten.

Das Krisenmanagement der rot-rot-grünen Landesregierung steht dabei auf dem Fundament der Erfolge der vergangenen Legislaturperiode. Ein Beispiel: Die Stellenabbau-Pfade aus der CDU-Zeit wurden verlassen, so dass mehr gesellschaftsrelevantes Personal bei Pflege, Polizei und Bildung eingestellt werden konnte. Ein zweites: Die günstigen politischen Rahmenbedingungen sind auch der Thüringer Wirtschaft zugute gekommen, was nun das Durchhaltevermögen in der Krise stärkt. Der von Rot-Rot-Grün in den vergangenen fünf Jahren verfolgte soziale und solidarische Kurs wird auch jetzt fortgesetzt. *Paul Becker*



Foto: Lukas Krause

Wenn es die Verwundbarsten trifft

Sexarbeiter*innen drohen in Zeiten der Pandemie der komplette Einnahmeverlust und Obdachlosigkeit

Sie zählen schon in „Normalzeiten“ zu den am meisten Verwundbarsten in der Gesellschaft, umso wichtiger ist für sie Schutz in Zeiten der Corona-Krise: Sexarbeiter*innen. Rund 170 waren Anfang 2018 als selbstständige Prostituierte in Thüringen angemeldet. Neuere Zahlen liegen noch nicht vor, über die Probleme und Sorgen der meist aus Osteuropa stammenden Frauen lässt sich aber Altbekanntes sagen: Es mangelt an sozialem Schutz, an Beratungsmöglichkeiten, an konkreter Hilfe.

Dass sich die Lage in der Corona-Krise verschärft, liegt nahe. „Die Schließung der Prostitutionsstätten und Bordelle ist eine richtige Maßnahme im Zuge der Schutzmaßnahmen“, meint Karola Stange.

Die Sprecherin für Frauen- und Gleichstellungspolitik der Linksfraktion fürchtet allerdings dramatische Auswirkungen. Die Sexarbeiter*innen würden durch die Corona-Krise in Existenzängste gestürzt, es drohe Obdachlosigkeit und fehle an finanzieller Absicherung. Wegen geschlossener Grenzen könnten vor allem Frauen aus Osteuropa teils nicht mehr nach Hause reisen. Stange sieht in diesem Zusammenhang auch die Landesregierung in der Pflicht, bei der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes schneller voranzukommen.

Sorgen machen sich auch Verbände. Die Hilfsorganisation Terre des Femmes etwa begrüßt ebenfalls die

gesundheitspolitischen Maßnahmen, immerhin zählten Sexarbeiter*innen zu den Risikogruppen und die Schließung von Prostitutionsstätten sei eine Frage des Schutzes der ganzen Bevölkerung. Aber „die meisten Frauen leben nur von dem Geld, das sie am selben Tag verdienen. Sie haben meist keinerlei Ersparnisse und oft keinen festen Wohnort. Viele leben in den Bordellen und Wohnungen, in denen sie ‚anschaffen‘. Durch deren Schließung verlieren die Frauen nicht nur über Nacht ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage, sondern werden auch obdachlos“, so Terre des Femmes.

Beim Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen sieht man die Lage ähnlich. „Die derzeitige Krise trifft Sexarbeiter*innen besonders hart, denn unsere Berufsgruppe hat einen sehr hohen Anteil von nicht krankenversicherten, nicht angemeldeten, bereits von Armut betroffenen Menschen“, so die Vorsitzende Johanna Weber. Der Verband hat einen Fonds errichtet, mit dem Sexarbeiter*innen, die nicht von staatlichen Hilfen erfasst werden, in Notlagen unterstützt werden können. Um die Koordination kümmern sich bundesweit Beratungsstellen für Sexarbeitende. Doch eine solche fehlt in Thüringen, sagt Weber, die den Ausbau des Frauenzentrums Brennessel in Erfurt für einen möglichen Weg hält, dazu müsse dort aber das Personal aufgestockt werden. *pr*

Hilfen, die nicht helfen

Viele Solo-Selbstständige und Künstler*innen fürchten um ihre Existenz

Durch die Corona-Pandemie sind viele Solo-Selbstständige und Freischaffende – besonders im Kultur- und Kreativbereich – auf die Soforthilfen von Bund und Ländern angewiesen. Doch die bisherige Soforthilfe „zur Überbrückung von akuten Liquiditätsgapen“ aus Bundesmitteln geht „an der Lebenswirklichkeit der Betroffenen vorbei“, kritisiert Katja Mitteldorf, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion und Sprecherin für Kulturpolitik, sowie Andreas Schubert, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion. Die „Süddeutsche Zeitung“ sprach sogar von einem „vergifteten Geschenk“.

Warum? In der Bundes-Soforthilfe ist festgelegt, dass mit den bis zu 5.000 Euro nur Betriebsausgaben gedeckt werden dürfen. Das heißt, für Miete oder Einkäufe dürfen diese Hilfen nicht ausgegeben werden. „Wir fordern in diesen schwierigen Zeiten die Anerkennung von Lebenshaltungskosten als Betriebskosten für Solo-Selbstständige und Freie“, so die beiden LINKE-Politiker*innen.

Ansonsten würden viele Betroffene in die Grundsicherung gedrängt. Und nicht einmal diese Möglichkeit, die Existenz zu sichern, steht vielen Freiberufler*innen wirklich frei. Zwar spricht etwa Kulturstaatministerin Monika Grütters (CDU) von einem erleichterten Zugang zu Hartz IV. Dieser ist aber in der Praxis in Wahrheit gar keiner, kritisiert Mitteldorf. So werden zum Beispiel Verdienste von Partner*innen angerechnet. Deshalb plädiert die Thüringer Linksfraktion grundsätzlich dafür, in der Corona-Kri-

se schnell einen individuellen Anspruch auf Sozialleistungen einzuführen. Erschwerend für viele Solo-Selbstständige kommt laut Mitteldorf hinzu, dass unter anderem die Altersvorsorge, das für die freiberufliche Tätigkeit unverzichtbare Auto oder Musikinstrumente bei der Vermögensprüfung angerechnet würden.

Katja Mitteldorfs Engagement für Solo-Selbstständige und freischaffenden Künstler*innen stark. Bremens linke Wirtschaftsministerin Kristina Vogt befürchtet, dass über 1,5 Millionen Solo-Selbstständige in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind – von der Web-Designerin bis zum Fensterputzer. Im Namen der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder hat Vogt einen pauschalen Betrag von bis zu 1.000 Euro je Monat für bis zu drei Monate zum Ausgleich der Umsatzeinbrüche vorgeschlagen. Mit diesem Optionsmodell soll Betroffenen erspart werden, erst einmal Arbeitslosengeld II beantragen zu müssen.

Die Runde der Landes-Minister*innen hat inzwischen noch einmal bei Bundes-Ressortchef Peter Altmaier (CDU) per Mahnbrief nachgehakt. Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe allerdings ohne Erfolg. Das Bundeswirtschaftsministerium, hieß es Ende April in Medienberichten, bleibe „bislang bei seiner Linie“. Mitteldorf will sich damit nicht zufrieden geben: „Gerade auch der Kultur- und Kreativbereich darf nicht weiter außen vorgelassen werden. Was einmal weggebrochen ist, ist unwiederbringlich verloren. Das wäre auch für das Kulturland Thüringen ein absolutes Armutszeugnis.“ *pr*

Mehrheit der Kulturschaffenden der Gang zur Arbeitsagentur, zum Jobcenter oder Sozialamt die einzige Möglichkeit bleibt.“ Niemand dürfe vergessen werden, „wenn die kulturelle Infrastruktur in Deutschland gerettet und erhalten werden soll“.

Auch in anderen Bundesländern machen sich Linkspolitiker*innen für die Solo-Selbstständigen und freischaffenden Künstler*innen stark. Bremens linke Wirtschaftsministerin Kristina Vogt befürchtet, dass über 1,5 Millionen Solo-Selbstständige in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind – von der Web-Designerin bis zum Fensterputzer. Im Namen der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder hat Vogt einen pauschalen Betrag von bis zu 1.000 Euro je Monat für bis zu drei Monate zum Ausgleich der Umsatzeinbrüche vorgeschlagen. Mit diesem Optionsmodell soll Betroffenen erspart werden, erst einmal Arbeitslosengeld II beantragen zu müssen.

Die Runde der Landes-Minister*innen hat inzwischen noch einmal bei Bundes-Ressortchef Peter Altmaier (CDU) per Mahnbrief nachgehakt. Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe allerdings ohne Erfolg. Das Bundeswirtschaftsministerium, hieß es Ende April in Medienberichten, bleibe „bislang bei seiner Linie“. Mitteldorf will sich damit nicht zufrieden geben: „Gerade auch der Kultur- und Kreativbereich darf nicht weiter außen vorgelassen werden. Was einmal weggebrochen ist, ist unwiederbringlich verloren. Das wäre auch für das Kulturland Thüringen ein absolutes Armutszeugnis.“ *pr*

Solidarität statt Diätenerhöhung

Es begann mit einem Vorschlag im Kurznachrichtendienst Twitter. Ende März brachte die Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag eine Aussetzung der automatischen Diätenerhöhung in diesem Jahr ins Spiel. Abgeordnete sollten ein Signal der Solidarität mit den von der Pandemie und ihren Folgen betroffenen Beschäftigten aussenden, so Susanne Hennig-Wellsow. Während viele wegen der Corona-Krise Einbußen hinnehmen müssten, sollten die Parlamentarier*innen keinen Aufschlag erhalten.

Hintergrund: Auch in Thüringen werden die Diäten der Abgeordneten normalerweise automatisch erhöht. Derzeit liegen sie bei rund 5.803 Euro monatlich, hinzu kommen unter anderem Mittel für die Wahlkreisbüros. Die automatische Erhöhung orientiert sich nachlaufend an der Preis- und Einkommensentwicklung.

Kritik daran gibt es schon lange – nicht zuletzt von DIE LINKE im Landtag. Die Fraktion belässt es aber nicht nur beim Reden. Schon 1995 wurde der Verein „Alternative 54 Erfurt e.V.“ gegründet. Der Name bezieht sich auf den Artikel 54 der Thüringer Verfassung, in dem die Diätenerhöhung geregelt ist. Über den Verein spenden die linken Abgeordneten den automatischen Erhöhungsbetrag seither unter anderem an soziale und kulturelle Vereine sowie an Jugendprojekte. Inzwischen konnten so weit über 3.600 Spenden ausgebracht werden, Gesamtwert bis März 2020: deutlich über 1,4 Millionen Euro.

Nach Hennig-Wellsows Vorstoß zeichnet sich nun ab, dass eine Mehrheit im Landtag für ein Spendenmodell zusammenkommen könnte. Aus anderen Parteien wurde für solch eine Lösung Zustimmung signalisiert, nun wird nach einer gemeinsamen Vorgehensweise der demokratischen Fraktionen gesucht. Legt man die Entwicklung der Diäten im vergangenen Jahr zugrunde, würde im Landtag eine Gesamtsumme von 194.000 Euro zusammenkommen.

„In Tagen, in denen zum Verzicht, zur Vernunft, zum Maßhalten aufgerufen wird“, so hat der Thüringer Deutschlandfunk-Korrespondent Henry Bernhard die Debatte über Diäten kommentiert, in diesen Tagen wäre ein Anstieg der Diäten „ein falsches Signal“.

Mindestens sollte die diesjährige Erhöhung gespendet werden, wenn keine schnellere Regelung für ein Moratorium erreicht werden kann. Die Diskussion über automatische Diätenerhöhungen in Zeiten der Corona-Krise läuft inzwischen auch anderswo – unter anderem im Bundestag und im Hessischen Landtag. *pr*

Dokumentation

Solidarisch und gerecht

Schwerpunkte der Thüringer Linksfraktion in der Corona-Krise

Bund und Länder haben wichtige Maßnahmen beschlossen, die negativen Effekte auf die Wirtschaft, die Beschäftigten, die soziale Lage der Menschen abzufedern. Die Auswirkungen der Pandemie treffen aber nicht alle gleichermaßen, und auch die angekündigten Hilfen kommen noch nicht allen zugute. Die Linksfraktion Thüringen plädiert deshalb eindringlich für ergänzende Maßnahmen zugunsten jener Menschen, die aufgrund ihrer besonderen beruflichen oder persönlichen Situation bisher nicht von den bereits vereinbarten oder angekündigten Angeboten erreicht werden.

Gesundheit

Viele Beschäftigte leisten derzeit Herausragendes. Pflege-, medizinisches und sonstiges Personal in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge steht bei der Bekämpfung der Pandemie an vorderster Stelle. Nicht nur sie sind durch ihre Arbeit eine der am stärksten vom Corona-Virus gefährdeten Gruppen. Dies gilt auch für die Beschäftigten in Lebensmittelgeschäften, Drogerien, Apotheken sowie in der Altenpflege. Für diese Beschäftigten schlagen wir einen schnell umzusetzenden, bundeseinheitlich geregelten Krisenaufschlag vor, der monatlich steuerfrei für die Dauer der Pandemie gewährt werden soll. Hier ist der Bund gefordert.

Die Pandemie zeigt auch, welche grundlegenden Probleme in den Krankenhäusern und bei der Altenpflege bestehen. Es fehlt an Pflegekräften, die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und die Gehälter in diesem „systemrelevanten“ Bereich bedürfen deutlicher und rascher Verbesserung. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Kürzungspolitik und Privatisierungen gerade auch im Gesundheitswesen und im Pflegebereich gestoppt werden.

Arbeit und Wirtschaft

Die Linksfraktion Thüringen unterstützt die Anstrengungen, Betrieben, Selbständigen und Freiberufler*innen rasche und unkomplizierte Unterstützung zukommen zu lassen. Wir machen uns dafür stark, dass die nun aufgelegten Maßnahmen auch für die landwirtschaftlichen Betriebe und die dort Beschäftigten gelten. Uns geht es darum, dass niemand durch das Netz der Hilfen fällt.

Wir schlagen eine soziale gestaffelte Erhöhung des Kurzarbeitergeldes für

alle betroffenen Beschäftigten bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern vor. Für die Bezieher*innen von Niedriglöhnen soll das Kurzarbeitergeld auf 100 Prozent angehoben werden. Hier ist der Bund gefordert.

Mit einer bundeseinheitlichen Sonder-Elternteilhilfe sollen alle Elternteile unterstützt werden, die wegen Schließungen von Schulen und Kindergärten ihre Kinder zu Hause betreuen müssen und deshalb nicht ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit nachgehen können. Die Kompensation des Verdienstausfalls aufgrund der behördlich angeordneten Kita- oder Schulschließung soll analog zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall des Kindes für den zu Hause bleibenden Elternteil erfolgen, allerdings den gesamten Zeitraum der Schließungen umfassen und 100 Prozent des ausgefallenen Verdienstes betragen. Denn die vom Bund vorgesehene Entschädigung (67 Prozent des Nettoeinkommens, aber maximal 2016 Euro im Monat für höchstens sechs Wochen) entspricht in Höhe und Dauer nicht den Erfordernissen.

Die von Bundesregierung und Thüringer Landesregierung geplanten zinslosen Kredite und nicht rückzahlbare Soforthilfen begrüßen wir. Diese und weitere Hilfen, etwa im Steuerrecht, müssen aber so ausgestaltet werden, dass Unternehmen, Selbständige und Freiberufler*innen jeglicher Rechtsform und Branchen, auch in der Landwirtschaft, sie bekommen können. Das gilt insbesondere für die Soforthilfen. Sie sollten sowohl für die Deckung laufender Kosten für Gewerbe (Mieten, Versicherungen usw.) als auch zum Bestreiten des Lebensunterhaltes verwendet werden dürfen.

Für von der öffentlichen Hand finanzierte Träger von sozialen und anderen Dienstleistungen wollen wir nicht nur das Einhalten aller Förderzusagen, sondern auch für eine frühzeitige Auszahlung der Gesamtsummen oder von größerer Raten erreichen.

Wir sprechen uns für ein zeitlich befristetes Verbot von betriebsbedingten Kündigungen aus, um Firmen stattdessen zur Nutzung von Kurzarbeitergeld und weiteren Unterstützungsleistungen zu bewegen. Wir wollen für die Zeit der Corona-Krise die Befristungen von Arbeitsverträgen aussetzen.

Soziales und Wohnen

Die gegenwärtig notwendigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Bürger*innen unterstreichen die hohe soziale Bedeutung von Wohn-

raum. Die Thüringer Linksfraktion setzt sich für die Dauer der Pandemie für ein Verbot aller Mieterhöhungen sowie für ein Verbot von Kündigungen von Mieter*innen und Gewerbetreibenden ein.

Wir wollen einen Aussetzungslauf der Vollstreckungsmaßnahmen, sowie einen Verzicht auf Maßnahmen von Gerichtsvollzieher*innen und Vollstreckungsbeauftragten wie Kontopfändungen und Zwangsräumungen. Außerdem schlagen wir günstige KfW-Kredite für Eigentümer*innen (Privatpersonen) bei Stundung von Mieten aufgrund individueller Notlagen vor. Notwendig ist zudem ein Moratorium für Hypothekenzahlungen für selbst nutzende Wohneigentümer*innen in Zahlungsschwierigkeiten. Wir plädieren eindringlich dafür, alle Strom- und Wassersperren zu untersagen und laufende Sperren aufzuheben.

Von den Folgen der Pandemie sind jene deutlich stärker betroffen, die ohnehin sehr wenig Ressourcen haben. Gerade jetzt ist soziale Existenzsicherung nötig. Wir wollen deshalb die Hartz-IV-Leistungen und die Grundsicherung für alle Rentner*innen als Sofortmaßnahme um 200 Euro pro Monat anheben.

Wir setzen uns außerdem für einen erleichterten Zugang zu Leistungen der Grundsicherung ein. Angesichts der Corona-Krise sollten außerdem alle Sanktionen und Leistungseinstellungen aufgehoben werden. Ebenso sollte ein individueller Anspruch auf Leistungen eingeführt und die Regelung zu den Bedarfsgemeinschaften ausgesetzt werden. Wir plädieren zudem für eine umgehende Entfristung aller Leistungsbescheide sowie einen Verzicht auf Rückzahlungsforderungen und Vollstreckungsmaßnahmen.

Für jene, die aufgrund ihrer Lebenslage von keiner der bisher genannten Schutzschirm-Instrumente erfasst werden, schlagen wir einen sozialen Sonderfonds vor.

Bildung und Kultur

Die Einschränkungen wegen der Pandemie zeigen, wie wichtig der Zugang zum Internet ist: Es geht um lebenswichtige Informationen, um den Zugang zu Kultur und Bildung, um einen elementaren Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir setzen uns für einen kostenfreien Zugang zum Internet ein, zum Beispiel über öffentliches WLAN, Freifunk und so weiter.

Für Honorarkräfte im Wissenschaftsbereich, die aufgrund der Pandemie

ihre Tätigkeit nicht weiter ausführen können schlagen wir Ausfallhonorare vor. Gleiches soll für studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte mit Honorarverträgen gelten.

Im Falle einer Verzögerung des Semesteranfangs wollen wir den lückenlosen BAföG-Bezug sicherstellen. Wir schlagen zudem die Nichtanrechnung des Sommersemester 2020 auf die Förderhöchstdauer vor. Es darf durch die Einschränkungen der Pandemie zudem keine Schlechterstellung bei der Anrechnung der Semester bei Krankenkasse und Rentenversicherung eintreten. Besonderen Notlagen soll mit der Möglichkeit zinsloser KfW-Kredite für nicht BAföG-beziehende Student*innen begegnet werden.

Viele Kultureinrichtungen sind derzeit von den Auswirkungen der Pandemie besonders betroffen. Wir schlagen die Übernahme laufender Kosten von Kultur- und Bildungsvereinen sowie eine Kostenübernahme für abgesagte Veranstaltungen durch das Land Thüringen vor.

Solidarität

Gerade jetzt ist solidarisches Handeln oberstes Gebot. Vor allem jene wollen wir nicht zurücklassen, die am stärksten von Unsicherheit betroffen und zusätzlichen Risiken ausgesetzt sind.

Die bereits verhängten Einschränkungen, insbesondere das Gebot, zu Hause zu bleiben, geht mit der Gefahr einer Zunahme von Fällen häuslicher Gewalt einher. Wir drängen deshalb darauf, Hilfetelefone für Frauen jetzt verstärkt zu bewerben und deren Erreichbarkeit auszubauen. Außerdem ist ein Sofortprogramm für mehr Plätze in Frauenhäusern und für geschützte Einzelunterkünfte notwendig.

Es ist dringend erforderlich, dass die Dienste der Jugendämter aufrechterhalten bleiben, um den zu erwartenden Anstieg von Inobhutnahmen und anderen Unterstützungsbedarfen zu bewältigen. Die Kapazitäten dafür sollten wenn möglich um 25 Prozent ausgeweitet werden.

Trotz der beeindruckenden Hilfsbereitschaft vieler wächst mit den Einschränkungen das Risiko psychischer Erkrankungen, Einsamkeit und Hoffnungslosigkeit. Wir plädieren dafür, schnellstmöglich die Kapazitäten für telefonisch erreichbare Beratung und Seelsorge auszubauen, etwa über ein Corona-Sorgen-Telefon.

Wir setzen uns für einen sofortigen Abschiebestopp und eine Aussetzung von Maßnahmen wie beispielsweise behördliche Vorführungen ein. Außerdem schlagen wir die Verlängerung aller Aufenthaltstitel von Amts wegen aus, dies soll auch Duldungen usw. umfassen. Wir setzen uns mit Nachdruck für rasche Maßnahmen zur Entzerrung der Wohnsituation in Gemeinschaftsunterkünften sowie die Schaffung von Einzelunterkünften für Familien, Frauen, chronisch kranken und traumatisierten Menschen ein.

Eine ungekürzte Fassung der am 26. März veröffentlichten „Aktuellen Schwerpunkte der Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag“ findet sich unter die-linke-thl.de

Ausgezeichnete Frauen

In Erfurt ist im März zum zehnten Mal der Frauenpreis der Thüringer LINKEN verliehen worden. Ausgezeichnet wurden für ihr Engagement für Gleichstellung, Frauenrechte und demokratisches Engagement die Frauenbildungs- und Begegnungsstätte ko-ra-le e. V. in Heiligenstadt, die Frauen von der Handballsportgemeinschaft Suhl e. V. und das Frauensprachcafé des Jugend-Integrationsprojektes Ilmenau. Der Verein „Brückenbauen“ und die „Omas gegen Rechts“ erhielten Sonderpreise. Musikalisch wurde die Veranstaltung vom Thüringer Damen-Salon-Trio Klatschmohn begleitet und die tänzerische Umrahmung gestaltete das Tanztheater e. V.



Foto: Lukas Krause

Linke müssen auch auf die Brücke wollen

Katja Kipping über „Neue linke Mehrheiten“

„So, wie es ist, bleibt es nicht“ – die Überschrift über dem ersten Kapitel in Katja Kippings „Neue linke Mehrheiten“ gilt ein wenig auch für das Buch selbst. Geschrieben in einer Zeit, in der Grün-Rot-Rot auf Bundesebene in greifbare Nähe gerückt war, wird die Streitschrift der LINKEN-Vorsitzenden nun unter dem Eindruck der Corona-Krise gelesen. Zeiten, für die auch bisher gilt: eine progressive Parlamentsmehrheit auf Bundesebene steht demoskopisch in den Sternen. Und doch, besser: gerade deshalb kommt Kippings Buch richtig.

Die Corona-Krise zeigt schließlich, dass jäh Wendungen in der Politik möglich sind. Ob solche Chancen dann auch genutzt werden können, hängt aber davon ab, wie gut man vorbereitet ist. Kippings Buch ist dazu ein wichtiger Beitrag.

Den aus der Klimadebatte bekannten Begriff der „Kippunkte“, an denen bestimmte Entwicklungen nicht mehr ohne Weiteres korrigiert werden können, nutzt die Autorin auch für Felder wie die Kriegsgefahr, den Aufstieg autoritärer Potentaten und die globale sozialen Spaltung. Was also tun? Kipping geht es „nicht um inhaltsleere Addition der Umfrageergebnisse von Parteien. Es geht um eine neue progressive Machtalternative, es geht darum, wie wir der Idee einer fortschrittlichen, gerechten und ökologischen Wende wieder Geltung verschaffen können.“ Letzteres ist für nicht wenige Linke immer noch gewöhnungsbedürftig. Macht? „Wer das Ruder herumreißen möchte, muss auch auf die Brücke wollen, dorthin, wo einem der Wind heftig ins Gesicht schlagen kann“, schreibt Kipping.

In ihrer Einladung zur Debatte adressiert die LINKEN-Chefin nicht nur das rot-rot-grüne Spektrum, sie plädiert auch zu mehr Offenheit in den eigenen Reihen. Und für enge Kooperationen mit der Zivilgesellschaft. Bewegungen seien „ein wichtiges Gegengewicht, damit progressives Agieren im Staat nicht von der Schwerkraft bürokratischer Apparate und wirtschaftlicher Lobbygruppen zu Boden gedrückt wird.“ pr

Katja Kipping: Neue linke Mehrheiten. Eine Einladung, Argument Verlag 2020, 96 Seiten, 8 Euro

Sozial-ökologischer Beitrag zum rot-rot-grünen Crossover

Linke Erneuerung? Ein Band sucht Antworten

Warum ist grundlegende Veränderung auf Bundesebene eigentlich so schwierig? Man kann sich das schon fragen, immerhin fehlt es nicht an fundierter Kritik – weder am Kapitalismus noch an neoliberaler Politik. Und im Lichte der Krisen, in welche die vorherrschende Produktionsweise die Gesellschaften immer wieder stürzt, sollte doch auch Bedarf und Bedürfnis nach einem Richtungswechsel überwiegen.

Dass trotzdem immer wieder Hoffnungen enttäuscht werden, hat Ursachen. Eine davon könnte zugespielt so formuliert werden: Eine alternative rot-rot-grüne Machtopion jenseits der „Großen Koalition“ braucht eine gesellschaftliche Aufbruchsstimmung, und die nährt sich nicht nur von Hoffnungen oder Wünschen, sondern braucht ein festes Fundament ökonomischer, ökologischer, demokratischer und sozialer Strategien. Die wiederum gibt es nicht ohne Analysen des Bestehenden.

Die Debatte darüber voranzubringen, ist der Anspruch eines neuen Sammelbandes. 18 Autor*innen aus dem linken, linkssozialistischen und gewerkschaftlichen Spektrum skizzieren

darin Konzepte für eine solidarische Sozialpolitik, für einen ökologisch orientierten Umbau der Industrie, bei dem die Interessen der Belegschaften nicht vergessen werden, für gemeinwohlorientierte Produktion und sozial-ökologischer Wirtschaftsweise, die nicht mehr nur blind auf Profit sowie Ausbeutung von Natur und Mensch gerichtet ist.

Die von Stefan Stache und Wolf von Matzenau versammelten kritischen Analysen sowie Ansätze sozial-ökologischer Wohlfahrtsstaatspolitik und selektiven Wachstums wollen dabei „in die aktuellen Debatten um die strategischen Grundlagen und Herausforderungen linker Politikansätze“ hineinwirken. Man verstehe die Diskussionsangebote „als Beitrag zum Crossover linker Parteiströmungen und sozial-ökologischer Bewegungen, Gewerkschaften und kritischer Wissenschaft“. pr

Stefan Stache/Wolf von Matzenau (Hrsg.): Was heißt Erneuerung der Linken? Sozial-ökologischer Umbau und ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert. In Kooperation mit spw, VSA Verlag Hamburg 2020, 192 Seiten, 16,90 Euro

Ralf Plötner ist seit Oktober 2019 Mitglied des Thüringer Landtages und gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion. Bereits seit 2009 ist der gelernte Krankenpfleger und studierte Politikwissenschaftler Mitglied des Kreistages seiner Heimat Altenburger Land und dort seit 2014 auch Fraktionsvorsitzender. Zu seinem Abiball glänzte der heute 36-Jährige als Elvis-Imitator.

Als ich Ralf Plötners zentral in Altenburg gelegenes Wahlkreis-Büro betrete, befindet sich dieser gerade inmitten eines seiner zahllosen täglichen Telefon-Termine. Wenn Mobiltelefone vor der Pandemie schon nicht mehr wegzudenken waren, so sind sie uns jetzt mindestens so wichtig wie das eigene Augenlicht. Virtuelle Kommunikation ist in Zeiten von physischer Distanz das Maß aller Dinge. Gut, dass der Mensch bereits Telefon-Konferenzen, Video-Chats und Telegram-Gruppen erfunden hat, bevor sich das Corona-Virus aufmachte, den Planeten zu kujonieren.

Als das Telefonat beendet ist, nimmt Plötner auf einem samtigen, moosgrünen DDR-Sofa in der Mitte des großen, offenen Büros Platz und beginnt zu erzählen, wie er von der Pflege zur Politik gekommen ist. Eigentlich sei es eher ein schleichender Prozess gewesen, denn Politik hatte ihn schon von klein auf interessiert. Als sich Helmut Kohl dann im Jahre 1998 für eine fünfte Amtszeit als Bundeskanzler zur Wahl aufstellen ließ, zog das seinerseits großes Unverständnis über die etablierte Bundespolitik nach sich, und so wuchs in ihm wenige Jahre später die Erkenntnis heran, nach seiner Ausbildung zum Krankenpfleger noch ein Studium der Politikwissenschaften anzuhängen. Inspiriert durch das ehrenamtliche Engagement seiner Eltern für die PDS und bestärkt durch die Entstehung einer bundesweiten Linkspartei trat Plötner 2007 in die frisch fusionierte LINKE ein und begann seine ehrenamtlichen Tätigkeiten zu intensivieren, was schließlich in der Mitgliedschaft im Kreistag Altenburger Land mündete.

Mittlerweile ist Ralf Plötner verheiratet, Vater von zwei Kindern und hat seinen festen Platz in der Linksfraktion des Thüringer Landtags gefunden. Der Mann mit dem auffälligen, grau melierten Rauschebart ist inhaltlich aber nicht nur im Ressort Gesundheit und Pflege beheimatet, sondern ist zudem auch sehr versiert in Familienpolitik, Bildungsfragen und kommunalen Angelegenheiten. Er erklärt seine Philosophie folgendermaßen: „In der Politik gibt es viele Querschnittsfelder und es finden sich immer Berührungspunkte zu anderen politischen Themen. Daher sollte man versuchen, Politik ganzheitlich zu betrachten und zu verstehen. Nur dann kann auch der beste Output entstehen.“

Zur Zeit liegt sein Hauptaugenmerk naturgemäß vor allem auf gesundheitlichen Themenfeldern. Ein wichtiger



Foto: Lukas Krause

Grünes Sofa, rote Politik

Ralf Plötner: Wie ein gesundheitspolitischer Sprecher die Corona-Krise erlebt

Eckpfeiler sei dabei die Rückführung von privat geführten Kliniken in die öffentliche Hand. „Es gehört eben zur öffentlichen Daseinsvorsorge, dass die Gesundheitsvorsorge stimmt und die Versorgung im Krankheitsfall für jede und jeden problemlos zugänglich ist. Dabei haben Profitlogiken einfach nichts zu suchen. Das ist ein guter Punkt, wo man linke Positionen klar und deutlich artikulieren muss.“

Durch die Krise seien aber auch gerade die systemrelevanten Berufsgruppen wieder in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. „Innerhalb der Rot-Rot-Grünen Koalition sind wir gerade dabei, das Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie vorzubereiten und auf den Weg zu bringen, wo bestmöglich versucht wird, die Corona-Folgen landesweit abzufedern. Für unseren Arbeitskreis ist es sehr wichtig, noch einen Bonus für systemrelevante Beschäftigte zu etablieren. Dabei habe ich persönlich natürlich die Angestellten im Pflegebereich und weitere Berufsgruppen im Fokus.“

Auch Kinder und Jugendliche leiden stark unter den gesellschaftlichen Ein-

schränkungen. Wenn Konsumparadise wieder eröffnet werden, so müsse das auch für Spielplätze und andere Orte gelten, an denen sich Kinder treffen und austoben können, damit es nicht zu Problemen in der Entwicklung kommt. „Ich glaube schon, dass jetzt das Begehren berechtigterweise lauter wird, dass gerade Kinder und Jugendliche sich wieder mehr begegnen sollten. Wichtig ist dabei nur, dass wir auf keinen Fall das Infektionsrisiko unterschätzen. Oberstes Gebot ist und bleibt es, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern“, beteuert Plötner.

Doch die Isolation verstärkt auch die Probleme derer, die sich ohnehin schon abgehängt fühlen. Gerade in Altenburg, einer Stadt mit rund 17 Prozent leerstehenden Gebäuden, innerhalb eines Landkreises mit mäßiger Infrastruktur, überschaubarer Zuganbindung und löchrigem Breitbandnetz. Ralf Plötner hat dieses Thema schon seit Jahren auf dem Radar. „Das Problem der Vereinsamung ist tatsächlich schon länger bekannt. Großbritannien hat sogar ein eigenes Ministerium geschaffen, um dagegen vorzugehen. Wir

wissen, dass viele, auch gerade ältere Mitmenschen, sich sehr abgehängt fühlen, zum Teil wirklich in ihren Dörfern vereinsamen. Da muss man unbedingt gegensteuern. Ein Beispiel dafür ist das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“, durch das zum Beispiel sogenannte „Dorfkümmerer“ finanziert werden, also Menschen, die sich tatsächlich vor Ort erkundigen, wie es den Leuten geht und die bei Alltagsproblemen Hilfestellung leisten.“

Im Anschluss an unser Gespräch zeigt mir Ralf Plötner einige Lieblingsorte in seiner Heimatstadt. Er ist stolz auf Projekte wie das Landestheater Altenburg, welche durch Mittel der Rot-Rot-Grünen Landesregierung gefördert werden konnten. Obwohl so auffällig viele Gebäude vor dem Verfall stehen und die Lebenslage für viele Bewohner*innen angespannt ist, strahlt der pittoreske Stadtkern Altenburgs in diesem Moment wie der Nabel einer lebendigen Kleinstadt und einer kulturhistorisch wertvollen Region im Osten Thüringens. Es kommt eben immer darauf an, was man daraus macht. *Lukas Krause*